

II- 776 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR BAUTEN UND TECHNIK

Wien, 1980 03 06

Zl. 10.101/14-I/1/80

Parlamentarische Anfrage Nr. 333 der Abg.
Dr. Steger und Gen. betr. angeblich geplanter
Büroneubau am Judenplatz in Wien.

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates
Anton B e n y a

313/AB
1980-03-13
zu 333/U

Parlament
1010 W i e n

Auf die Anfrage Nr. 333, welche die Abgeordneten Dr. Steger und Genossen am 13.2.1980, betreffend angeblich geplanter Büroneubau am Judenplatz in Wien, an mich gerichtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1 u. 2):

Über Ersuchen des Verfassungs- und des Verwaltungsgerichtshofes hat die Bundesgebäudeverwaltung I-Wien an informativen Besprechungen mit dem Eigentümer der beiden Liegenschaften teilgenommen, wobei die Möglichkeit erörtert wurde, ob der Raumbedarf der Gerichtshöfe mit den angebotenen Räumlichkeiten abgedeckt werden könnte.

Außerdem wurde der Eigentümer ersucht, seine Vorstellungen bezüglich einer eventuellen Anmietung bzw. eines Ankaufes bekannt zu geben.

Zu 3):

Die Bundesgebäudeverwaltung richtet sich ausnahmslos nach den gesetzlichen Bestimmungen. Es ist nicht Aufgabe der Bundesgebäudeverwaltung die Zulässigkeit privater Bauführungen zu beurteilen. Hiefür ist die Baubehörde zuständig.

-2-

Zu 4):

Nein.

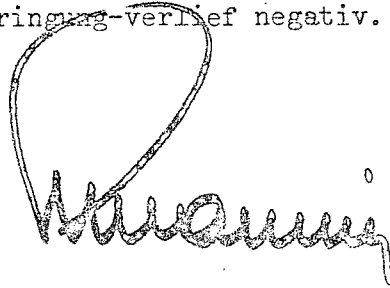
Zu 5):

2.500 m2 Bürofläche.

Zu 6):

Der Ausbau des Dachbodens wäre technisch möglich, jedoch müssen die gesetzlichen und denkmalpflegerischen Voraussetzungen erst geprüft werden.

Das Gebäude in welchem die Bundespolizeidirektion eingemietet war, befindet sich nach wie vor im Eigentum der Stadt Wien. Eine Überprüfung auf Eignung für Zwecke als Amtsgebäude des Bundes- insbesondere der Höchstgerichtunterbringung verlief negativ.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'W. W. W.', with a large, stylized initial 'W' that loops around the rest of the signature.